

## **Einladung zur ersten Konferenz zur Gründung eines Verbandes der Kleinparteien und basisdemokratischer Akteur\*innen**

Die Demokratie in Deutschland ist in keinem guten Zustand. Es besteht die Gefahr, dass Lösungen zunehmend in autoritären Strukturen gesehen werden. Es gibt aber unzählige Organisationen und Privatpersonen, die sich mit aller Kraft gegen den Abbau demokratischer Strukturen stemmen und neue Lösungsansätze für Probleme erarbeiten. Eine humane Lösung für die gegenwärtige Krise kann nur in mehr Demokratie gesehen werden, nicht in weniger.

Um die Kräfte, die an einer nachhaltigen Demokratisierung arbeiten zu bündeln und zu vernetzen möchten wir einen starken Verband gründen. Dieser soll möglichst viele Akteure vereinen, die für Bürgerbeteiligung und gegen Alternativlosigkeit eintreten.

Daher möchten wir zu einer ersten Vorbereitungskonferenz einladen. Sie soll am 9. und 10. Februar in \_\_\_\_\_ stattfinden.

Die Konferenz soll zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Diskussion der Ziele und des weiteren Vorgehens und zum Festlegen konkreter weiterer Schritte dienen.

Ziel des Verbandes soll der Erfahrungsaustausch unter den Parteien und Organisationen sein, die Organisation und Koordination gemeinsamer Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit. Dabei sehen wir große Synergieeffekte, wenn mehrere Organisationen oder Parteien zusammen arbeiten, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen und potentielle Unterstützer, Mitstreiter und (für Parteien) auch Wähler auf sich aufmerksam zu machen.

In unserem Land muss wieder über Politik geredet werden, über das was möglich wäre und wie es möglich werden kann. Daher soll der Verband die öffentliche Diskussion über bürgernahe Entscheidungsstrukturen, über Gefahren für unsere Demokratie und über Bürgerengagement in Organisationen, Parteien und sonstigen politischen Strukturen stärken.

Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir hier in den kleinen Parteien, die bisher durch vielfältige Mechanismen an den Rand gedrängt werden. Ein Erstarken echter politischer Alternativen und damit harter Konkurrenz ist nötig, um über Wahlen Druck auf die etablierten Parteien auszuüben. Sinkende Wahlbeteiligung ist als Druckmittel offenbar unzureichend. Druck über Wahlen ist die eine Seite, ebenso wichtig ist aber Druck aus der Zivilgesellschaft, nur zusammen kann es gelingen unser Land fit für das 21. Jahrhundert zu machen.

Der Verband soll sich zur Gleichwertigkeit aller Menschen und Länder und zur gleichberechtigten, umfassenden Teilhabe aller Bürger an der politischen Entscheidungsfindung bekennen. Mit Parteien, Organisationen und Personen, die eine Ungleichbehandlung oder Abwertung einzelner Gruppen, die Hervorhebung einzelner Nationen, die Einschränkung der Mitsprache oder die Unterordnung der Menschen unter eine Ideologie fordern können wir uns daher keine Zusammenarbeit vorstellen.